

*Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Band 6/1: Die Habsburgermonarchie im System der internationalen Beziehungen.*

Wien 1989, 819 S., 25 Tabellen, 3 Diagramme.

Die Frage nach den Ursachen des Zusammenbruchs der Habsburgermonarchie ist oft gestellt und in verschiedener Form erörtert und beantwortet worden. Ein Staatsgebilde von so lange andauernder Tradition, dessen politisches Ansehen viel bedeutender als seine innere Machtentfaltung war, erwies sich nun in großem Maße abhängig von den Fähigkeiten seiner führenden Außenpolitiker, die in der Lage sein mußten, in schwierigen Situationen die Interessen einer Großmacht zu verteidigen. Man befürchtete doch selbst am Ballhausplatz, die Monarchie werde als Anomalie im Zeitalter des Nationalismus nicht mehr lange existieren; dennoch hatte das außenpolitische Zentrum am Kampf um die Erhaltung und Sicherung der Großmacht „2. Ranges“ maßgebenden Anteil. Die Schwierigkeiten bei der Erforschung der Grundstruktur einer in ihrer Art singulären Behörde, wie es das Ministerium des kaiserlichen Hauses und des Äußeren war, liegen auf der Hand. Sie umfassen einen Großteil der Behördengeschichte des alten Staates und die vielverzweigte Bibliographie seiner leitenden Beamten. Ihr Tun und Lassen charakterisiert gleichzeitig die innere Uneinheitlichkeit des multinationalen Reiches. Schon die Erfassung seiner Grundstruktur als bürokratischer Apparat war eine der vordringlichsten Aufgaben der Forschung. Nach einem informativen Vorwort von A. Wandruszka befaßt sich H. Rumpler mit Struktur und Behördenaufbau des Auswärtigen Amtes vom Wiener Kongreß bis zum Ende des alten Reiches.

Die Änderungen im Bereich dieser Behörde zeigen sich besonders deutlich im allmählichen Verlust der Sonderstellung, die die „Minister des Äußeren und des kaiserlichen Hauses“ vor 1848 bzw. 1852 eingenommen hatten. Die Vertreter der Weltkriegsgeneration waren kaum mehr als leitende Beamte ihres Ressorts. Die notwendigen Reformen stehen in engem Zusammenhang mit dem tiefgreifenden Wandel in der Machtposition des Reiches, das seine territoriale Stellung in Italien und Deutschland einbüßte und nur noch seine Ansprüche im Balkanraum unter großen Schwierigkeiten behaupten konnte. In enger Verbindung mit dem diplomatischen Dienst und der Vorbereitung für diese Laufbahn der „Reichsbürokratie“ stand die Ausbildung in der „Pflanzstätte“ dieser so bedeutsamen Berufe, der Orientalischen Akademie, spätere k. k. Konsularakademie (H. Pfusterschmied-Hardtenstein). Ihre

Erhaltung als Lehrinstitut für den überaus wichtigen diplomatischen Nachwuchs wurde trotz erheblicher Schwierigkeiten nach der Revolution 1848 sichergestellt und bildete auch eine Grundlage für das Studium der Orientalistik in Wien.

Einen umfassenden Einblick in die diplomatische Geschichte des Auswärtigen Amtes bietet Francis Roy Bridge in seiner kritischen Abhandlung über Österreich-Ungarn unter den Großmächten, interessant wegen der unvoreingenommenen Urteils- und Betrachtungsweise eines Briten. Der lange Weg des Kaiserstaates führte von der im Wiener Kongreß festgelegten Machtstellung zu der des politisch abhängigen Bundesgenossen des Deutschen Reiches. Der Abstieg der Monarchie im 20. Jahrhundert zum „Satelliten“ eines dem Imperialismus nachstrebenden Deutschland führte dazu, daß auf die Interessen Österreich-Ungarns vielfach keine Rücksicht genommen wurde. Alle Pläne einer Föderalisierung (vor 1914) wurden durch die Kriegspolitik nach dem Scheitern der Sonderfriedensverhandlungen zunichte gemacht. Seit 1890 hat der innenpolitisch fühlbare Auflösungsprozeß in immer stärkerem Maße auf die Außenpolitik der Monarchie gewirkt und ihre Position als eine ohnehin schon stark geschwächte Großmacht untergraben.

Mit dem Einfluß der ungarischen Politiker auf dem Gebiet ihrer Parteiorganisation setzt sich István Diószegi auseinander. Vermal nahmen zwar Ungarn als Außenminister führende Positionen am Ballhausplatz ein, die Vertretung ungarischer Nationalinteressen war jedoch nach Andrassy d. Ä. nicht mehr in dem Maße gegeben.

In den Bereich der außenpolitischen Vorstellungen und Pläne, die oftmals auch von Wunschenken erfüllt waren, führt Thomas Kletečka. Er untersucht die nationalen Gruppierungen der cisleithanischen Reichshälfte und befaßt sich darüber hinaus mit den außenpolitischen Ideen der Sozialdemokratie und der Militärs. Die zwiespältige Einstellung zum Habsburgerstaat hinsichtlich der preußischen Einigungspolitik bildet eine Grundfrage bei allen (deutsch)österreichischen Parteien. Die Deutschen in Cisleithanien, die „staatstragende“ Nation mit der fortschrittlichsten kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung, schwankten zwischen patriotischem Österreichertum und deutschnationalen Tendenzen. Um die Jahrhundertwende wurde von den Alldeutschen eine stärkere politische und militärische Anlehnung an Deutschland gefordert.

Die Bedeutung der außenpolitischen Bestrebungen der Tschechen seit 1848 und auch der Polen, Ruthenen und Slowenen als „unerlöste“ Nationen wird ausführlich erörtert, besonders hinsichtlich der Tschechen, des für sie entscheidenden Wendepunkts im Jahre 1879: Beitritt der tschechischen Abgeordneten in den Reichsrat und Beteiligung am Ministerium Graf Taaffe. Kramář beeinflusste nach Palacký, Rieger u. a. die politischen Überzeugungen der tschechischen Gesellschaft durch die Gründung der Auslandssektion der Národní rada und durch seine Abkehr vom Dreibund.

Nach den Abhandlungen über Diplomatie und Pressepolitik (Leopold Kammerhofer) sowie Propaganda und Außenpolitik (Günther Ramhardter) sind die weiteren Aufsätze den außenwirtschaftlichen Beziehungen der Monarchie gewidmet. An führender Stelle steht die Handelspolitik gegenüber dem Deutschen Zollverein 1848–1871 (Klaus Koch) und dem Deutschen Reich nach 1871 (Lothar Höbelt). Die entscheidende Entwicklung wäre im Übergang zur Mitteleuropapolitik nach 1879 zu beobachten, gleichlaufend mit dem Abschluß des Zweibundes und stets beeinflusst

vom Gedanken eines engen Bündnisses in einem Mitteleuropablock. Trotz der Konferenz von Olmütz 1850 und Preußens Verzicht auf die Unionspläne war es zu einem Abrücken Österreichs vom Deutschen Bund auch auf wirtschaftlichem Gebiet gekommen. Die Darstellung der Zollvereinspolitik zeigt die Versuche der Monarchie, ihre Vormachtstellung im deutschen Raum zu festigen, doch es waren Rückzugsgefechte, die lediglich den Abschluß eines Handelsvertrages im Jahre 1865 zur Folge hatten, gewissermaßen ein Vorspiel zu Königgrätz. Die Distanz zum deutschen Nachbarn war auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gewachsen, und nach 1867 komplizierte sich die Situation durch den Gegensatz zwischen den agrarischen Interessen Ungarns und den Forderungen der österreichischen Großindustrie. Lothar Höbel berichtet über die Zollpolitik nach 1871 vor allem auch im Rahmen der seit 1879 wieder verstärkten politischen Annäherung an das Deutsche Reich und hat das wirtschaftspolitische Verhältnis der beiden Verbündeten treffend charakterisiert.

Weitere Beiträge des sehr instruktiven Bandes von Emil Palotás, Ugo Cova, Hermann Hagspiel, Eduard G. Staudinger und Siegfried Beer behandeln die wirtschaftlichen Beziehungen der Monarchie zum Balkan und zu den europäischen Großmächten. Besonders hervorzuheben wäre in allen Aufsätzen die erschöpfende Berücksichtigung der neuesten Literatur und das vielseitig gut verwertbare tabellarische Material.